



Stadt: Golßen

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Zützen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	<input type="checkbox"/>			beschließend

Beratungsgegenstand: 5. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Golßen

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Bock - BA	40-2021	10.02.2021

A. Beschlussvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen beschließt für den Entwurf der 5. Änderung des Flächennutzungsplans den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB.
2. Von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 3 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 BauGB abgesehen, da die Unterrichtung und Erörterung bereits im Bebauungsplanverfahren erfolgt ist.
3. Der Entwurf zur 5. Änderung des Flächennutzungsplans wird in der vorliegenden Fassung gebilligt. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen beschließt die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB für den Entwurf der 5. Änderung des Flächennutzungsplans.

Der Planentwurf mit Begründung und Umweltbericht ist für die Zeit vom

16.08.2021 bis einschließlich 16.09.2021

im Amt Unterspreewald, Hauptsitz Golßen, Markt 1, Sekretariat, 2. OG, 15938 Golßen sowie in der Nebenstelle Schönwald, Hauptstraße 49, Bauamt, Zimmer S 006, 15910 Schönwald OT Schönwalde öffentlich auszulegen.

Montag 9.00 bis 12.00 und 13.00 bis 15.00 Uhr
Dienstag 9.00 bis 12.00 und 13.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch 9.00 bis 12.00 und 13.00 bis 15.00 Uhr
Donnerstag 9.00 bis 12.00 und 13.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 9.00 bis 12.00 Uhr

Während der Auslegungsfrist können von jedermann Anregungen und Hinweise schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Die öffentliche Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Begründung der Beschlussvorlage:

Ziel der Änderung des Flächennutzungsplans ist die Darstellung von einer *Fläche für Landwirtschaft* in ein *Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Photovoltaik*. Die Änderung schafft die planungsrechtlichen Grundlagen für den im Entwurf befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Altgolßen“. Bebauungspläne sind gemäß § 8 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Der Flächennutzungsplan soll in einem Parallelverfahren geändert werden. Zur 5. Änderung des Flächennutzungsplans und zum gleichnamigen vorhabenbezogenen Bebauungsplan liegt ein Umweltbericht vor, der darlegt, welche umweltbezogenen Auswirkungen sich aus der Planung ergeben.

Das zuständige Planungsbüro und der Vorhabenträger möchten im Rahmen des Änderungsverfahrens auf die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB gemäß § 3 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 verzichten, da diese bereits auf anderer Grundlage (im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens „Solarpark Altgolßen“) erfolgt ist.

Der Geltungsbereich der 5. Änderung des Flächennutzungsplans „Solarpark Altgolßen“ befindet sich westlich des Gemeindeteils von Altgolßen. Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 89/2, 88/1, 88/3, 88/5, 87/1, teilw. 121/1, teilw. 121/2, teilw. 120/2 und teilw. 120/3, Flur 3, Gemarkung Altgolßen. Auf dem Grundstück der Agrargenossenschaft Golßen eG. befand sich eine Tierproduktionsanlage. Diese Fläche ist im Altlastenverdachtsflächenkataster des Landkreises Dahme-Spreewald mit 2 Teilflächen als Altlastenverdachtsfläche vermerkt.

Der erarbeitete Umweltbericht kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass durch die Aufstellung des Bebauungsplans, die Beräumungen der unterschiedlichen Ablagerungen und auch dem Abriss der Gebäude und Gebäuderuinen ein Gelände von ca. 5,6 ha wieder nutzbar wird. Der Eingriff in die Schutzgüter wird durch die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan festgesetzten Maßnahmen ausgeglichen und kompensiert. Eine entsprechende ökologische Baubegleitung sichert die Umsetzung der festgesetzten Maßnahmen. Durch das Monitoring wird die Wirksamkeit der Maßnahmen bis zum 5. Jahr nach Fertigstellung der Freiflächen-Photovoltaikanlage kontrolliert.

Zum Bebauungsplanverfahren:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen hat am 25. März 2019 den Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Altgolßen“ gefasst. Der Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde am 27. Juli 2020 gefasst. Die Beteiligung erfolgte im Zeitraum vom 17. August 2020 bis einschließlich 15. September 2020. Es ist seitens des Investors beabsichtigt, auf den Teilflächen eine Photovoltaikanlage mit folgenden technischen Parametern zu installieren:

- Gesamtleistung: ca. 4,5 MWp
- Bauhöhe max. 5,0 m
- Aufständigungswinkel bis max. 33°
- Gesamtfläche des Geltungsbereichs: ca. 5,6 ha

Der Planentwurf mit Begründung und Umweltbericht ist zusätzlich im Ratsinformationssystem unter:

<https://www.unterspreewald.de/amt/politik/ris/>

einzusehen.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja ☐ Nein ☒

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: _____ im _____ i. H. von _____ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ € keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
noch verfügbare Mittel _____ €
Vergabevorschlag _____ €.

Anlagen

Anlage 1: Planentwurf

Anlage 2: Begründung

Anlage 3: Umweltbericht (nur Bürgermeisterin)

B.1. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:

Anhörung war erforderlich

☐ Ja ☐ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

B.2. Stellungnahme Hauptausschuss:

☐ Zustimmung Hauptausschuss

☐ Ablehnung Hauptausschuss

☐ Beschlussvorlage lag dem Hauptausschuss nicht vor

Datum

Unterschrift des zuständigen FA-Leiters:

C. Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage

Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzende/r der Stadtverordnetenvertretung
------------	--------------	---